

Europa

Angekündigte Katastrophe

Gebauer, Matthias ; Knap, Horand ; Müller, Peter ; Popp, Maximilian ; Schindler, Jörg ; Schult, Christoph

Deutschland und seine EU-Partner wollen Flüchtlingsdramen im Mittelmeer verhindern. Eine Rekonstruktion ihrer Politik zeigt, wie sie seit dem Unglück vor Lampedusa im Oktober 2013 das Gegenteil bewirkten.

Wie sich die Bilder und Worte gleichen. Damals sagte die Bundeskanzlerin, sie sei "tief bestürzt" - heute sagt sie, sie sei "erschüttert". Damals sagte der EU-Kommissionspräsident, er werde die Toten nie vergessen, und es müsse etwas geschehen - heute sagt er: "Der Status quo ist keine Option mehr." Damals sprachen Europas Innenminister von einem "Horrorereignis" - heute von "blankem Horror". Zwischen damals und heute liegen 19 Monate. Und mehrere Tausend Tote im Mittelmeer. Damals, das war die Nacht zum 3. Oktober 2013. An Bord eines alten Kutters, der vom libyschen Misurata aus in See gestochen war, brach ein Feuer aus. In Sichtweite der kleinen italienischen Insel Lampedusa gingen mehr als 500 Menschen über Bord, die meisten von ihnen Somalier und Eritreer. Nicht einmal jeder Dritte überlebte. Die Särge im Flughafen-Hangar von Lampedusa wurden zum Sinnbild für Europas "Schande", wie es Papst Franziskus formulierte.

Von einem "Weckruf" sprachen die EU-Innenminister damals bei einem Treffen in Luxemburg und gründeten sogleich eine Arbeitsgruppe. EU-Innenkommissarin Cecilia Malmström befand, Lampedusa zeige "das Bild einer Union, die wir nicht wollen". In Berlin verkündete die Bundesregierung, angesichts "einer menschlichen Katastrophe dieses Ausmaßes" sei es selbstverständlich, die bisherige Flüchtlingspolitik zu hinterfragen. Kurz darauf reiste Bundeskanzlerin Angela Merkel zu einem Gipfel der EU-Regierungschefs nach Brüssel, wo "konsequente Maßnahmen" versprochen wurden, um eine Wiederholung der Katastrophe zu vermeiden.

Und dann? Dann wiederholte sich die Katastrophe. Dutzendfach. Bis heute. Binnen weniger Tage ertranken im April auf dem Weg von Afrika nach Europa erst 400 Menschen im Mittelmeer, dann

kontierte ein Boot mit über 800 Flüchtlingen, nur 28 überlebten.

Die Innen- und Außenminister der Europäischen Union trafen sich in dieser Woche erneut in Luxemburg. Eine Arbeitsgruppe gründeten sie nicht, sie haben ja schon eine. Der EU-Ratspräsident berief einen Sondergipfel ein, der am Donnerstag tagte. In Berlin versprach Bundesinnenminister Thomas de Maizière: Die EU könne angesichts dieser Ereignisse nicht einfach zur Tagesordnung übergehen.

Die Worte und Bilder gleichen sich. Und wenn man heute zuhört, könnte man meinen, es habe ein Damals nicht gegeben.

Kriege, Hungersnöte, Armut in der Heimat, skrupellose Schlepper und verriegelte Grenzen - das Drama der Flüchtlinge setzt sich aus vielen Facetten zusammen. Die Frage, wer Schuld hat am Tod so vieler Menschen und wer welchen Teil der Verantwortung trägt, ist nicht leicht zu beantworten. In jedem Fall führt sie auch in die Hauptstädte Europas.

Wer sind die Bremser, wer die Antreiber im politischen Geschacher um Hilfesuchende? Wer hat welche Grenzen gezogen? Wie wurden selbst gut gemeinte Ansätze im technokratischen Kleinklein der EU zermahlen? Haben Europas Regierungen sehenden Auges eine Wiederholung von Lampedusa in Kauf genommen?

Die Spurensuche in Brüssel und Berlin, die Auswertung interner Protokolle, Gespräche mit Diplomaten und Regierungsvertretern fügen sich zur Chronik einer angekündigten Katastrophe.

8. Oktober 2013

Fünf Tage nach der Lampedusa-Tragödie berufen die Innen- und Justizminister der Europäischen Union eine "Taskforce Mittelmeer" ein. Den Vorsitz des Gremiums übernimmt Cecilia Malmström, Politikwissenschaftlerin aus Schweden, seit 2010 EU-Innenkommissarin. Malmström ist in Göteborg und Frankreich aufgewachsen, hat Bücher über Migration und spanische Politik geschrieben. Nun soll sie für die EU die Flüchtlingskrise bewältigen.

Malmström wirkt entschlossen, das

Asylsystem umzukrempeln. Gemeinsam mit dem Europäischen Auswärtigen Dienst erarbeitet die Kommission eine Reihe von Reformideen, die sie wenig später den Mitgliedstaaten präsentiert. "Einer der Hauptgründe, warum Menschen auf der gefährlichen Reise nach Europa ihr Leben riskieren, ist die Tatsache, dass Flüchtlingen wenig legale Kanäle offen stehen, um Schutz in der EU zu ersuchen", schreiben die Autoren in einem internen Papier.

Brüssel legt den EU-Staaten nahe, humanitäre Visa zu vergeben, Visa-Zentren in Nicht-EU-Staaten zu eröffnen, einen humanitären Zugangsweg in die Union zu schaffen. Kommission und Auswärtiger Dienst plädieren zudem für mehr Möglichkeiten der Arbeitsmigration nach Europa. Unter dem Eindruck der Katastrophe vor Lampedusa scheint ein Durchbruch möglich. Malmströms Team überreicht den Mitgliedstaaten den Katalog zur Evaluation.

Die Antwort Deutschlands fällt verhalten aus. Die deutsche Delegation dankt der Kommission für die "solide" Vorarbeit. Sie lehnt aber beinahe sämtliche Vorschläge für legale Zugangswege nach Europa ab. Visa-Zentren seien mittelfristig ebenso wenig zu realisieren wie alternative Modelle der Arbeitsmigration, antwortet die Bundesregierung. Grundsätzlich sei unklar, wie der Vorschlag der Kommission dabei helfen solle, mit dem "Zustrom an Flüchtlingen fertigzuwerden".

Innenminister de Maizière sagt heute, die EU-Kommission habe in der Flüchtlingspolitik zu wenig unternommen. Doch im Herbst 2013 ist es die Bundesregierung, die bremst. Das Konzept für legale Wege in die Union verschwindet nach der Intervention Deutschlands in der Schublade. In der "Taskforce Mittelmeer" werden nun andere Maßnahmen besprochen: Das Gremium regt Operationen gegen Schlepper und eine verstärkte Grenzüberwachung an.

Die EU spannte bereits vor Lampedusa Nachbarländer für die Migrationskontrolle ein. Anrainerstaaten der Union sollen verhindern, dass die Flüchtlinge überhaupt an die europäische Grenze gelangen. Nach dem 3. Oktober 2013 gewinnt diese Politik an Fahrt. Die EU arbeitet an einer Mobilitätspartnerschaft

mit Tunesien, die dem Land finanzielle Unterstützung in Aussicht stellt im Gegenzug für eine strenge Migrationskontrolle. Selbst eine Zusammenarbeit mit Eritrea, einer Militärdiktatur, wird nicht länger ausgeschlossen.

11. Oktober 2013

Zwischen Malta und Lampedusa kentert erneut ein Boot mit 250 Menschen an Bord. Bis zu 50 Menschen sterben, unter ihnen zehn Kinder.

18. Oktober 2013

Italien startet die Rettungsmission "Mare Nostrum", um Flüchtlinge vor dem Ertrinken zu bewahren. Ausgestattet mit hochseetauglichen Schiffen, Hubschraubern und Aufklärungsflugzeugen, beobachten Marine und Küstenwache fortan ein 43.000 Quadratkilometer großes Stück Mittelmeer.

19. November 2013

Der Europäische Auswärtige Dienst diskutiert den Einsatz von Militär im Kampf gegen irreguläre Migration. In einem Schreiben an die Mitgliedstaaten steht, eine Militäroperation etwa gegen Schlepper wäre ein "beeindruckendes Zeichen der Entschlossenheit sowie der Solidarität". Doch ein paar Zweifel gibt es auch. Die EU-Diplomaten befürchten "signifikante rechtliche Herausforderungen" und sorgen sich um negative Presseberichte. Die Medien könnten über "Kriegsschiffe gegen Flüchtlinge" berichten.

In Berlin erteilt das Auswärtige Amt einer Militärmission gegen Schlepper eine kategorische Absage. In einem vertraulichen Papier heißt es, Deutschland stehe der Idee "sehr kritisch gegenüber". Die Gründe sind vielfältig: So würden mit der Verfolgung von Schleppern auf See "nur die Symptome bekämpft". Außerdem sei völlig unklar, was mit den Flüchtlingen nach einem Zugriff geschehen solle. Die deutsche Marine, empfiehlt das Amt, solle allenfalls Unterstützung am Rande leisten, etwa beim Erstellen von Lagebildern, denn für die Schlepper-Jagd fehle den Seeleuten "die polizeiliche Ausbildung".

Bulgarien hat unterdessen mit dem Bau eines Stacheldrahtzauns an der Grenze zur Türkei begonnen, um Flüchtlinge fernzuhalten. Die flüchtlingspolitische Sprecherin der Grünen im Bundestag, Luise Amtsberg, kritisiert, die EU riegelt ihre Landgrenzen ab. "Menschen werden zur Flucht über das Mittelmeer regelrecht gezwungen."

In Brüssel tagt die "Hochrangige Gruppe Asyl und Migration". Für die Bundesregierung nehmen Beamte aus dem Innenministerium und dem Auswärtigen Amt teil. Die Kommission hat zudem einen Mitarbeiter der halbstaatlichen Internationalen Organisation für Migration (IOM) geladen. Er greift die EU-Mitgliedstaaten in der Sitzung an: Die Flüchtlingspolitik Europas sei zu sehr auf Abwehr ausgerichtet, dadurch werde der Menschenhandel verstärkt.

Die EU-Vertreter antworten ausweichend: Berlin sieht die Lösung der Flüchtlingsfrage eher außerhalb Europas. Die Kommission klagt, der Umgang mit Afrika sei schwierig. Die EU habe viel in Afrika investiert, Afrika aber wenig getan.

20. Februar 2014

Im Ausschuss der Ständigen Vertreter der Mitgliedstaaten in Brüssel kommt es zum Streit darüber, wie Flüchtlinge gerecht auf dem Kontinent verteilt werden könnten. Bislang sind Schutzsuchende nach dem sogenannten Dublin-Abkommen dazu gezwungen, dort zu bleiben, wo sie zuerst europäischen Boden betreten. Die Nationen an den Außengrenzen, insbesondere Italien und Griechenland, rebellieren seit längerer Zeit dagegen. Im Ausschuss fordern nun auch Bulgarien und Malta eine gerechte Lastenverteilung. Großbritannien ist strikt dagegen. Auch die Niederlande und Dänemark lehnen eine Diskussion über Quoten vorerst ab.

5. Mai 2014

Nach dem Kentern von zwei Flüchtlingsbooten vor der griechischen Insel Samos ertrinken mindestens 22 Flüchtlinge, darunter vier Kinder.

8. Juli 2014

Beim Treffen der europäischen Justiz- und Innenminister in Mailand düpiert Österreichs Innenministerin Johanna Mikl-Leitner ihre Kollegen mit dem Vorschlag für ein Resettlement-Programm. Danach sollen Kriegsflüchtlinge mithilfe des Uno-Flüchtlingshilfswerks (UNHCR) nach Europa gebracht und dort gemäß einer festen Quote verteilt werden. Dies könne ihnen die Fahrt übers Mittelmeer ersparen. Die Mehrheit der EU-Staaten, auch Deutschland, lehnt die "Save Lives"-Initiative ab. Eine Sitzungsteilnehmerin berichtet von "heftiger, ungehaltener Kritik" an der Wiener Regierung.

Die italienische Ratspräsidentschaft ver-

sucht, die Wogen zu glätten. In einem Schreiben heißt es, die Minister seien entschlossen, die "gegenwärtige Polarisierung entlang der Prinzipien von Solidarität und Verantwortung" in Europa zu überwinden. Gleichzeitig unterstützt Italien die Idee Österreichs für ein Resettlement-Programm.

Malmström verliert unterdessen die Geduld. Auf einer Sitzung des Strategischen Ausschusses Einwanderungs-, Grenz- und Asylfragen in Brüssel mahnt ihre Behörde die Mitgliedstaaten, endlich zu handeln. Das "wiederholte Verlesen derselben Sprechzettel" müsse aufhören.

27. August 2014

Malmström spricht mit Italiens Innenminister Angelino Alfano über die Zukunft der Seenotrettung. Rom hat sich vergebens um eine europäische Beteiligung an der Mission "Mare Nostrum" bemüht. Lediglich Slowenien hat dem Nachbarn mit einem Patrouillenboot geholfen. Deutschland lehnt das Projekt ab. Eine groß angelegte Rettungsaktion im Mittelmeer würde noch mehr Flüchtlinge nach Europa locken, argumentiert de Maizière. Er wird "Mare Nostrum" später als "Beihilfe für das Schlepper-Unwesen" bezeichnen. In Brüssel heißt es, die Deutschen hätten Italien unter Druck gesetzt, "Mare Nostrum" zu beenden. "Die Bundesregierung hat das italienische Innenministerium mit Vorwürfen geradezu bombardiert", berichtet ein hochrangiger Diplomat.

Einige EU-Mitgliedstaaten würden die Seenotrettung im Mittelmeer am liebsten ganz unterlassen. Die europäischen Regie-

rungschefs fürchten jedoch öffentlichen Protest, sollte "Mare Nostrum" ersatzlos gestrichen werden. Der Kompromiss: Das italienische Programm wird durch "Triton" ersetzt, eine Operation der europäischen Grenzschutzagentur Frontex, die in erster Linie der Abwehr von Migranten dient.

"Triton" beschränkt sich bei der Rettung von Menschen in Seenot auf die 30-See-meilen-Zone vor der Küste Italiens. Mit etwa 2,9 Millionen Euro Monatsbudget zahlt die gesamte EU dreimal weniger, als Italien für "Mare Nostrum" ausgibt. Flüchtlings- und Menschenrechtsorganisationen warnen, das Mittelmeer könne nun wieder zum Massengrab werden. Bei Amnesty International heißt es: "Triton" ist die falsche Antwort auf die Flüchtlingskrise im zentralen Mittel-

meer."

Die italienische Regierung verlässt sich derweil auf die zivile Schifffahrt. Diese, sagt der Verteidigungsminister, sei "in der Pflicht", auf Notsignale in ihrer Nähe umgehend zu reagieren. Womit offenbar niemand rechnet: Um Kosten zu sparen, beginnen Reeder damit, ihre Frachtschiffe an den wichtigsten Flüchtlingsrouten vorbeizunavigieren. Mitunter, warnt das UNHCR, würden Privatboote ihren Standort gar nicht mehr durchfunken, um nicht in die Verlegenheit zu geraten, wegen ertrinkender Menschen den Kurs ändern zu müssen.

11. September 2014

Vermutlich 500 Flüchtlinge ertrinken auf dem Weg von Ägypten nach Malta. Nur zehn Menschen werden gerettet. Überlebende berichten, Schlepper hätten das Schiff vorsätzlich versenkt.

9. Oktober 2014

Im Bundestag kritisiert de Maizière "Mare Nostrum" als "Brücke nach Europa". In einem Brief an Malmström begrüßt er die geplante Ablösung des Programms durch "Triton" und fordert eine "bessere Überwachung der Außengrenzen", "eine verstärkte Bekämpfung von Schleuserbanden" und eine "verstärkte Zusammenarbeit mit Herkunftsstaaten". Von Seenotrettung ist in dem Schreiben nicht die Rede. De Maizière stellt jedoch eine vorübergehende Verteilung von Flüchtlingen in Europa in Aussicht. Das sorgt für Aufregung. Deutschland hat sich bislang gegen ein Quotensystem ausgesprochen.

Die europäischen Justiz- und Innenminister verständigen sich kurz darauf auf eine Strategie zur Bekämpfung irregulärer Migration. Der Beschluss orientiert sich an der Arbeit der "Taskforce Mittelmeer". Am Rande des Treffens in Luxemburg kommt es offenbar zu einem Eklat. Innenminister de Maizière habe beim Abendessen seinen italienischen Amtskollegen Alfano scharf attackiert, berichtet ein Teilnehmer: Italien lasse Flüchtlinge unkontrolliert nach Deutschland weiterziehen, entgegen europäischen Verträgen. De Maizière hält dies für einen Angriff auf den Schengen-Raum. "Er hat Alfano vor unser aller Augen wie einen Schuljungen gemäßigelt", erzählt ein osteuropäischer Innenminister.

1. November 2014

Rom stellt "Mare Nostrum" ein, eine "rein italienische Entscheidung", wie de

Maizière heute betont. Nach Angaben der italienischen Behörden wurden dank "Mare Nostrum" im Jahr 2014 rund 166.000 Flüchtlinge gerettet.

Auf der Sitzung des Strategischen Ausschusses für Einwanderungs-, Grenz- und Asylfragen in Brüssel betont ein Frontex-Gesandter, die Operation "Triton" diene der "Sicherung der Seegrenze" und der "Bekämpfung von Schleuserkriminalität".

In einem vertraulichen Bericht an die Mitgliedstaaten sagt Frontex voraus, dass durch den Wechsel zu "Triton" weniger Flüchtlinge die riskante Fahrt über das Mittelmeer wagen werden. Die Analyse wird sich als Fehleinschätzung erweisen. Allein in den ersten zwei Monaten des Jahres 2015 werden doppelt so viele MigrantInnen Italien erreichen wie im Vorjahreszeitraum.

9. Februar 2015

Vor der italienischen Küste kommen vermutlich mehr als 330 Flüchtlinge ums Leben. Vier völlig überfüllte Schlauchboote aus Libyen mit mehr als 400 Menschen an Bord sind bei eisigen Temperaturen in Seenot geraten.

27. Februar 2015

Knapp einhalb Jahre nach der Katastrophe vor Lampedusa zieht Lettland, als Vorsitzender des EU-Ministerrats, eine Bilanz der europäischen Migrationspolitik. Die Frontex-Mission "Triton" wird als "konkreter Ausdruck der Solidarität zwischen den Mitgliedstaaten" gewürdigt.

12. März 2015

Italien fordert beim Treffen der europäischen Innen- und Justizminister einen "radikalen Wandel der EU-Sichtweise" auf Migration. Künftig sollen sich auch Nicht-EU-Staaten, insbesondere Ägypten und Tunesien, an Abfangaktionen von MigrantInnen vor der libyschen Küste beteiligen. In dem internen Papier der italienischen Regierung heißt es, dies könne Flüchtlinge abschrecken.

19. April 2015

Bei der bislang schwersten Flüchtlingskatastrophe sterben im Mittelmeer vor Libyen vermutlich 800 Menschen.

Der italienische Premier Matteo Renzi ruft um 18 Uhr seine Minister für Verteidigung, Innen- und Außenpolitik und Infrastruktur zusammen. Anschließend telefoniert er mit EU-Ratspräsident Donald Tusk und Kanzlerin Merkel. Er

fordert einen Sondergipfel nach dem Massensterben. Er sagt: "Nach dem Anschlag auf 'Charlie Hebdo' reagiert ihr sofort. Da seid ihr solidarisch, und alle treffen sich in Paris. Und wenn Hunderte Menschen sterben, soll nichts passieren?"

20. April 2015

In Berlin tagt das Präsidium der CDU. "Wir sind es uns selbst schuldig, dass wir hier mehr tun", sagt die Kanzlerin. Aus ihrer Ratlosigkeit macht sie keinen Hehl. Eine Herausforderung sei, dass in Libyen staatliche Strukturen fehlten, sagt sie. "Da müssen wir erst mal einen Ansprechpartner identifizieren." Konkret wird die Union nur an einem Punkt: Flüchtlinge, deren Asylantrag gescheitert ist, müssten konsequent abgeschoben werden. "Wir alle versagen", sagt EU-Kommissar Günther Oettinger am Rande der Sitzung.

Die Außen- und Innenminister der EU kommen in Luxemburg zusammen. De Maizière behauptet, dass die EU nicht für die Flüchtlingstragödie verantwortlich sei. So wie Italien erfolgreich gegen die Mafia vorgehe, müsse die Justiz der Mitgliedstaaten auch Schlepper verfolgen.

Die Kommission hat einen Zehn-Punkte-Plan mitgebracht. Er wird ohne große Diskussion verabschiedet. Der Plan sieht im Mittelmeer mehr Geld, Schiffe und Ausrüstung für "Triton" vor. Auch das Einsatzgebiet soll vergrößert werden. Dadurch sollen mehr Flüchtlinge in Seenot gerettet werden. Es sind keine neuen Vorschläge. Die Kommission hat sie bereits zweimal dem Rat vorgelegt. Aber die Mitgliedsländer ließen die EU-Beamten und deren Ideen davor abblitzen.

21. April 2015

In Brüssel treffen sich die Ständigen Vertreter der 28 Mitgliedstaaten. Kaum hat sich die Tür geschlossen, bricht der alte Streit aus. Mehrere Botschafter kritisieren den Zehn-Punkte-Plan. Einige monieren die hohen Kosten, andere sagen, eine Ausweitung der EU-Mission "Triton" schaffe neue Anreize für Schlepper, sogenannte Pull-Effekte, wieder andere kritisieren die Idee, das gescheiterte Asylsystem Dublin durch eine Quotenregelung zu ersetzen.

Einige Regierungen meinen noch immer, die Flüchtlinge seien ein Problem der Mittelmeeranrainer. Vor allem der britische Botschafter tritt auf die Bremse, er hat aus London Weisung,

alles zu blockieren, was eine Wiederwahl David Camerons verhindern könnte.

Der italienische Botschafter hält dagegen, bekommt aber nur vereinzelt Rückendeckung, unter anderem von seinem deutschen Kollegen. Nach einer solchen humanitären Katastrophe könne man doch nicht Maßnahmen zur Rettung von Flüchtlingen mit wirtschaftlichen Argumenten ausbremsen, sagt Botschafter Reinhard Silberberg: "Ihr spinnt wohl."

22. April 2015

Am frühen Morgen berät sich de Maizière vor der Kabinettsrunde mit Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen. Die beiden erwägen, Schiffe der Marine ins Mittelmeer zu verlegen.

Noch ist offen, ob diese Mission unter dem Namen "Triton" weiterlaufen soll oder einen neuen Namen erhält. Möglicherweise reicht ihr Auftrag sogar weiter. Denn die italienische Regierung drängt auf ein robustes Mandat; sie will Flüchtlingsboote mithilfe von Militär möglichst schon nahe an der libyschen Küste abfangen oder vor dem Auslaufen zerstören. Ob Schiffe der Bundeswehr teilnehmen könnten, lässt die Bundesregierung derzeit prüfen. In jedem Fall wäre dafür eine Einladung der libyschen Regierung nötig. Doch die gibt es im Moment nicht. Oder die Uno müsste einer EU-Mission ein Mandat erteilen. Auch der Bundestag müsste einer sol-

chen Mission ähnlich wie dem Einsatz zur Piratenbekämpfung am Horn von Afrika wohl zustimmen. "Will die EU Krieg gegen Flüchtlinge führen?", fragt die Grünen-Europaabgeordnete Ska Keller.

Im Bundestag spricht de Maizière von Bildern, die sich "in unsere Herzen eingegraben" hätten, um dann schnell zur Sache zu kommen. Schleuser - der Innenminister nennt sie "dreckige Verbrecher" - würden aus dem Elend von Menschen ein Milliardengeschäft machen. Widerstand gegen eine humanitäre Hilfsaktion hat er aufgegeben: "Seenotrettung ist das Erste, Wichtigste und Dringlichste, was unverzüglich beginnen muss." Er möchte außerdem, dass die Flüchtlinge in Zukunft nach einer Quotenregelung auf die EU-Länder verteilt werden.

Die Deutschland-Chefin von Amnesty International, Selmin Çalişkan, kritisiert: "Die Politik lenkt von ihrer Mitverantwortung für die Toten im Mittelmeer ab."

Die EU-Kommission will im Norden Nigers als Pilotprojekt ein Auffangzentrum errichten. Dort sollen Abgesandte der EU Migranten befragen. Wenn ihre Fluchtgründe einen Anspruch auf Asyl nahelegen, soll ihnen eine sichere Weiterreise in die EU ermöglicht werden. Wer aus überwiegend wirtschaftlichen Gründen flieht, soll je nach Qualifikation in ein EU-Land vermittelt werden,

das Arbeitskräfte sucht. Oder in sein Herkunftsland zurückgeschickt werden.

23. April 2015

Europas Staats- und Regierungschefs treffen sich in Brüssel zu einem Sondergipfel. Sie sind bestürzt und erschüttert über die Schiffsunfälle. Sie wissen, dass sie konsequente Maßnahmen ergreifen müssen, damit sich die Katastrophe nicht wiederholt. Die Bilder, die Worte, vieles erinnert an ihren Gipfel nach dem Flüchtlingsdrama im Oktober 2013.

Etwas aber hat sich verändert. Die Frage nach der Verantwortung lässt sich nicht mehr so leicht vertagen, das "Blame Game", die Suche nach Schuldigen, hat begonnen.

EU-Parlamentspräsident Martin Schulz kritisiert: "Dutzendfach haben wir im Parlament legale Einwanderungsmöglichkeiten gefordert, dutzendfach sind wir an den Innenministern und Regierungschefs gescheitert."

Auch der Europachef des UNHCR, Vincent Cochetel, klingt beinahe resigniert, wenn er über die Gipfel der vergangenen Tage spricht: "In Europa mangelt es nicht an Ideen und Konzepten für eine anständige Flüchtlingspolitik", sagt er, "sondern an dem Willen und dem Mut, diese umzusetzen."

* Auf dem Grenzzaun der spanischen Exklave Melilla.